

DPoIG für geplantes Messerverbot, aber auch statistische Erfassung in einem „Lagebild Messerangriffe“ erforderlich!

München, 13. Mai 2019 – „Es gibt hierzulande überhaupt keinen Grund bewaffnet zu sein und ein Messer mitzuführen“, sagt Rainer Nachtigall, bayerischer Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (**DPoIG**). Deshalb befürwortet er das geplante „Messerverbot“ an öffentlichen Orten und bei Großveranstaltungen. Gleichzeitig bekräftigt er die Forderung seiner Gewerkschaft nach Strafverschärfungen und nach einem polizeilichen „Lagebild Messerangriffe“. „Die von der Polizei beobachtete Zunahme von Gewalttaten mit Messern wird bislang nicht in einer eigenen Statistik erfasst,“ so Nachtigall. „Deshalb ist ein aussagekräftiges „Lagebild Messerangriffe“ dringend erforderlich. In der Kriminalstatistik vorhandene Daten können dafür die Grundlage bilden.“

Nachtigall weist darauf hin, dass die Zunahme von Messerstechereien ein bundesweites Phänomen ist, aber nicht mit statistischen Fakten untermauert werden kann. „Messer sind leicht zu beschaffen, relativ einfach mitzuführen und kommen offensichtlich immer schneller und öfter zum Einsatz.“

Ein polizeiliches Lagebild „Messerangriffe“ würde der Polizei nicht nur einen genaueren Überblick über die Anzahl der Straftaten mit Messern als Tatmittel verschaffen, sondern könnte auch eine genauere Auswertung insbesondere über Tatbegehung, über verwendete Messer sowie über Alter, Alkohol- und Drogeneinfluss, psychische Erkrankung und über die Herkunft von Täter und Opfer ermöglichen.

„Diese Informationen würden der Polizei zudem wichtige Erkenntnisse für die Aus- und Fortbildung ihrer Beamtinnen und Beamten liefern. Außerdem könnten sich daraus Schlussfolgerungen für die Prävention und Repression ergeben“, so der **DPoIG**-Vorsitzende abschließend.

